

Die »Arisierung« der Suhler Firma »Simson & Co.«

Die „Arisierung“ der Suhler Firma Simson & Co



Familie Simson

Quelle: Thüringisches Staatsarchiv
Meiningen, Fotosammlung Fajas

Das 1856 in Suhl von den Brüdern Löb und Moses Simson gegründete Familienunternehmen gehörte schon seit 1866 zu den Waffenproduzenten. Überregionale Bedeutung erlangte dieser Zweig des Unternehmens nach dem Ersten Weltkrieg. Bei Umsetzung der Bestimmungen des Versailler Vertrages schloss das Heereswaffenamt im Auftrag des Reichswehrministeriums mit der Firma Simson & Co am 25. Mai 1925 einen Vertrag. Sie erhielt das Privileg, als einzige Firma in Deutschland Gewehre, Pistolen und Maschinengewehre für die Reichswehr zu produzieren. Diese Vorzugsstellung weckte den Konkurrenzneid der anderen deutschen und vor allem der Thüringer Waffenfirmen, die in den aufstrebenden Nationalsozialisten einen Verbündeten fanden.



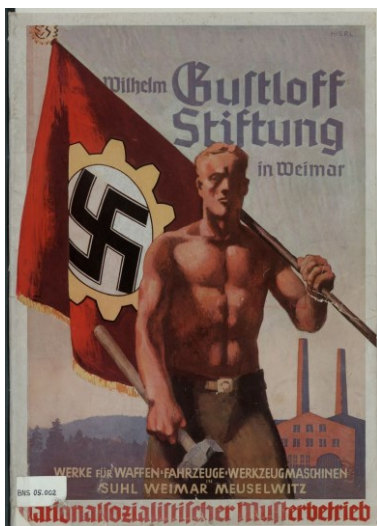
Fritz Sauckel, Stiftungsführer und Gauleiter
im Werk Suhl nach der Enteignung der Firma
Simson & Co.

Quelle: Thüringisches Hauptstaatsarchiv
Weimar

Seit 1927 versuchte der neu ernannte Gauleiter von Thüringen, Fritz Sauckel, die wirtschaftlich starke Stellung der Suhler Firma zu erschüttern. Mit der Machtübertragung an Adolf Hitler 1933 sah der Gauleiter und Reichsstatthalter von Thüringen, die Chance gekommen, das Unternehmen zu enteignen und sich als konsequenter Verfechter des nationalsozialistischen Programms zur „Entjudung der Wirtschaft“ in Thüringen zu profilieren. Sauckel setzte auf eine Kriminalisierung, gerichtliche Verurteilung und Enteignung der Besitzer, Artur und Dr. Julius Simson.



Da Prüfungen durch den Rechnungshof des Deutschen Reiches im Juni/Juli 1933 bei Simson keine gravierenden Mängel bei der Erfüllung des Vertrages mit dem Heereswaffenamt erbracht hatten, begann der Zella-Mehliser Polizeirat Hellmuth Gommlich im Auftrag Sauckels und der Staatsanwaltschaft Meiningen als Sonderermittler mit kriminalpolizeilichen Untersuchungen der Geschäftstätigkeit der Firma Simson. Sauckel erhoffte von den Ermittlungen Beweise dafür, dass die Simsons das Reich übervorteilt hatten. Trotz eines riesigen Ermittlungsaufwandes lehnte die zuständige Strafkammer beim Landgericht Meiningen am 20. Juni 1935 zunächst die Eröffnung eines Hauptverfahrens gegen die Firmeneigentümer ab. Nach der Flucht der Simsons in die Schweiz und einer Entscheidung des Oberlandesgerichtes Jena kam es im Sommer 1936 dann doch noch zu einem Prozess. Dieser endete mit einem Fiasko für Sauckel. Der Thüringer Gauleiter hatte jedoch bereits im Herbst 1935 mit Rückendeckung von Hitler, Göring und Heß von der Reichswehr die Zustimmung erhalten, die Firma nochmals mit einer Tiefenprüfung unter Druck zu setzen. Diesem politischen und wirtschaftlichen Druck konnten die Simsons nicht mehr standhalten. Die Brüder Arthur und Julius Simson resignierten schließlich nach einer Verhaftung durch die Gestapo und traten am



Titelblatt einer Propagandabroschüre aus dem Jahr 1938

Quelle: Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar

23./28. 11. 1935 ihr Eigentum vertraglich an Sauckel ab. Sie mussten sich zudem verpflichten, eine so genannte Wiedergutmachungssumme in Höhe von 1,75 Millionen RM an den deutschen Staat zu zahlen. Das Vertragswerk stellte damit eine entschädigungslose Enteignung der Familie Simson dar. Nach 1936 wurde das enteignete Waffenwerk in Suhl in die von Sauckel gegründete und geführte Nationalsozialistische Industriestiftung „Wilhelm Gustloff“ eingebracht und zu einer der bedeutendsten Rüstungsschmieden des Dritten Reiches profiliert.